

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

16.10.1929 (No. 241)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Ueub,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Kaszenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenehebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontakoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche auf die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheinen. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die Arbeiten der Organisationskomitees Zusatz für Beschleunigung

W.B. Paris, 16. Okt. (Tel.) „Petit Parisien“ berichtet von einem Schritt des belgischen Ministerpräsidenten Jaspars in seiner Eigenschaft als Vorsitzenden der Haager Konferenz. Er habe gestern an die verschiedenen im Haag beschlossenen Organisationsausschüsse ein Schreiben gerichtet, in dem er die Organisationsmitglieder dringend auffordere, alles zu tun, um mit den Arbeiten gegen den 24. Oktober zum Abschluß zu kommen, damit die zweite Haager Konferenz zum 15. November einberufen werden könne.

Das Blatt führt als Begründung für diesen Schritt an, man habe den Eindruck, daß wenigstens gewisse Organisationsausschüsse ein wenig langsam vorankämen, vor allem scheinbar der Ausschuss für die Liquidierung der Vergangenheit, in dem es wegen der Liquidierung deutschen Besitzes in Polen zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen und den polnischen Delegierten gekommen sei, seit der zweiten Septemberhälfte nicht mehr getagt zu haben. Der Ausschuss für die Dispositionen warte anscheinend noch die Antwort auf die den Vertretern Österreichs, Ungarns und Bulgariens überreichten Fragebogen ab, die er brauche, um die finanzielle und wirtschaftliche Lage der drei Länder klären zu können, weil sie in dem ersten Memorandum nicht genügend klargelegt worden sei. Mehrere Regierungen hätten sich über dieses langsame Verfahren ereizt.

Vorhand habe die Reise des Präsidenten der Republik nach Brüssel zu einem Meinungsaustausch mit seinem belgischen Kollegen über diese Frage benutzt. Beide hätten anerkannt, daß es notwendig sei, einen Druck auszuüben, damit die Verhandlungen beschleunigt würden, um so mehr, als ein Meinungs-austausch zwischen den Regierungen, und wäre es auch nur über die internationale Zahlungsansatz, noch vor Zusammenritt der zweiten Haager Konferenz stattfinden müßte. Deshalb habe sich Jaspars entschlossen, zu handeln.

### Die Verabschiedung der Younggesetze verzögert

M. Berlin, 16. Okt. (Priv.-Tel.) Wie wir zu dem Schritt des belgischen Ministerpräsidenten an zukünftiger Stelle erfahren, ist eine offizielle Demarche der Reichsregierung in Brüssel nicht erfolgt. Es haben lediglich, wie es immer üblich war, Besprechungen stattgefunden zwischen dem deutschen Gesandten Dr. Forstmann und dem Vertreter der belgischen Regierung.

Selbstverständlich ist man mit dem schleppenden Gang der Verhandlungen über die verschiedenen Reparationsfragen nicht sehr entzückt. In politischen Kreisen befürchtet man heute schon — und das gilt nicht nur von den belgischen, sondern auch von den ausländischen Kreisen, die daran beteiligt sind —, daß die zweite abschließende Haager Konferenz nicht vor dem 15. November stattfinden kann. Und dann muß erst die Zustimmung der verschiedenen Regierungen zu den Einzelheiten eingeholt werden. Wenn man berücksichtigt, daß die deutschen Ämter dann erst die Owen-Young-Gesetze für den Reichstag zurichten haben, wird man überhaupt zweifelhaft sein, ob noch in diesem Jahre eine politische Regelung erfolgen kann.

Aufhebung des Novemberfeiertages in Sachsen. Dem Sächsischen Landtag ist eine Regierungsvorlage zugegangen, durch die dem 9. November in Sachsen der Charakter als gesetzlicher Feiertag genommen werden soll. Bei der gegenwärtigen Zusammenfassung des Landtages, der am Dienstag nächster Woche zu seiner Herbsttagung zusammentritt, besteht Aussicht auf Annahme der Vorlage. Der 1. Mai dürfte weiter allgemeiner Feiertag in Sachsen bleiben, wenn auch ein deutschnationaler Antrag vorliegt, der diesen Feiertag beseitigen will.

Auf 50 Deutsche ein Kraftfahrzeug. Nach der neuesten Zahlung haben wir nunmehr 1,18 Millionen Kraftfahrzeuge in Deutschland. Das bedeutet gegenüber 1928 eine Zunahme von insgesamt 30 Proz. Personenwagen 23 Proz., Kraftkraftwagen 16 Proz. Kleinkraftwagen haben sich mehr als verdoppelt. Am 1. Juli verfügte jeder 56., und gegenwärtig etwa jeder 50. Einwohner über ein Kraftfahrzeug, und jeder 109. bzw. 100. über einen Kraftwagen. Demgegenüber entfielen in Deutschland 1914 auf jeden 700., 1926 auf jeden 109., und am 1. Juli 1928 auf jeden 69. Einwohner ein Kraftfahrzeug.

Das französische Budget für 1930. Der Finanzausschuss der französischen Kammer hat die Vorbereitung des Budgets für das Jahr 1930 abgegeschlossen. Nach den Berechnungen seines Berichterstatters ergibt die Abschätzung der Steuereinnahmen einen rechnerischen Überschuss von 2090 Millionen Franken. Davon sollen 600 Millionen Verwendung finden für gewisse Ausgaben (Erhöhung einiger Beamtengehälter), und der Rest, also etwa 1 1/2 Milliarden, für Steuerermäßigungen.

Erstwahl zum französischen Senat. Am kommenden Sonntag finden in Frankreich in den 33 Departements, deren Namen mit den Buchstaben A bis G beginnen, Erstwahlen für den Senat statt. Außerdem hat das Departement Ober-Rhein eine Erstwahl für den verstorbenen Senator Helmer vorzunehmen. Kandidaten der katholischen Partei sind Abbé Gähg und Dr. Pfleger, die sich gegenseitig bekämpfen. Die Sozialisten haben den Bürgermeister von Mühlhausen, Widz, als Kandidaten aufgestellt.

### Letzte Nachrichten

#### Das Volksbegehren der Rechten

##### Anzutreffende Auffassungen — Beamte u. Volksbegehren

M. Berlin, 16. Okt. (Priv.-Tel.) In politischen Kreisen spricht man davon, daß die Deutschnationalen bei einem etwaigen Erfolg des Volksbegehrens sich damit begnügen und die Angelegenheit nicht weiter betreiben dürften. Diesen Behauptungen muß sehr scharf entgegengetreten werden, weil sie leicht Verwirrung anstiften können. Nach der Reichsverfassung haben die Deutschnationalen gar nicht mehr die Möglichkeit, das Verfahren einzustellen. Wenn die Anträge des Volksbegehrens vom Reichstag dann abgelehnt würden, was sehr der Fall wäre, muß automatisch nach Artikel 73 der Reichsverfassung der eigentliche Volksentscheid eintreten.

In der deutschnationalen Presse wird behauptet, daß der Reichspräsident es abgelehnt habe, den Aufruf der Reichsregierung zu unterzeichnen. Dazu ist zu bemerken, daß es sich erstens gar nicht um einen Aufruf der Reichsregierung handelt, sondern um eine private Kundgebung. Zweitens ist der Reichspräsident auch nicht Mitglied der Reichsregierung und würde auch an einer amtlichen Kundgebung infolge seiner Stellung gar nicht mitwirken. Infolgedessen ist er auch gar nicht angegangen worden. Die Behauptung von der Ablehnung ist also eine Erfindung.

Der Reichsausschuss für das Volksbegehren hatte bekanntlich über die Maßnahmen der preussischen Regierung beim Reichsinnenministerium Beschwerde geführt, namentlich über die disziplinarischen Drohungen gegen die Beamten. Im Laufe des heutigen Tages wird eine offizielle Erklärung des Reichsinnenministers Severing erfolgen, die natürlich, wie es gefahren schon die Kundgebung des preussischen Ministerpräsidenten Braun ziemlich scharf angedeutet hat, ablehnend ausfallen wird.

#### Das französische Heer

##### Eine Rede Painlevés

W.B. Paris, 15. Okt. (Tel.) Kriegsminister Painlevé hielt in der Sorbonne eine Rede anläßlich der Tatsache, daß die in den nächsten Tagen einrückenden Rekruten zu dem Kontingent gehören, das als erstes nur ein Jahr lang dient. Painlevé erklärte, diese Reform stelle einen großen wirtschaftlichen und sozialen Nutzen dar. Sie beweiße außerdem den Friedenswillen Frankreichs. Wenn aber ein Angriff Frankreich zwingen sollte, zu mobilisieren, dann würde das neue französische Heer durch Zahl und Ausrüstung ein mächtiges Offenwaffenzeug sein. Infolge der Aussicht auf die Rheinlandräumung dränge sich die Frage auf, ob die Landesverteidigung durch das Gesetz über die Einführung der einjährigen Dienstzeit genügend gewährleistet sei. Eine der wesentlichen Bestimmungen des französischen Mobilisierungsplanes sei die Möglichkeit, ohne Mobilisierung durch individuelle Einberufung einen Teil oder die gesamten verfügbaren Reserven, d. h. die ersten drei Reserveklassen, einzuberufen, was weniger als drei Tage Zeit beanspruchen würde. Eine dann etwa angeordnete Mobilisierung werde rascher konstatieren gehen als 1914. Die Verantwortung der Regierung im Falle der Einberufung der drei Reserveklassen werde beträchtlich vermindert durch die gesetzliche Verpflichtung, diesen Beschluß dem Völkerverbund mitzuteilen. Painlevé bezeichnete dann die Hypothese eines plötzlichen Angriffes eines 100 000 Mann starken Berufsheeres als die am wenigsten wahrscheinliche und am wenigsten gefährliche. Denn eine völlige Niederlage würde gewiß eine derartige Verwegenheit bestrafen.

Alsdann beschäftigte sich der Kriegsminister noch mit dem Grenzschutz und appellierte schließlich an den guten Willen des französischen Heeres. Die Rekrutenliste der letzten Jahre sei bebuden. Er habe ehemaligen Frontkämpfern auf die Frage, wie sie die Friedensliebe mit ihrer militärischen Pflichterfüllung vereinen könnten, geantwortet: Für ein Heer gebe es eine noch ruhmreichere Aufgabe, als Siege davonzutragen, nämlich Siege unnötig zu machen, dadurch, daß das Heer im voraus die Unruhestifter durch seine Disziplin, seine Ausbildung, seine Entschlossenheit und seine Selbsterleugnung entmutige. Auf ein derartiges Heer könne Frankreich zählen.

#### Die ununterbrochene Arbeitswoche in Rußland

W.B. Moskau, 16. Okt. (Tel.) Telegraphenagentur der Sowjetunion. In amtlichen Angaben werden die ersten günstigen Ergebnisse der Umstellung der Betriebe auf die ununterbrochene Arbeitswoche festgestellt. Danach sei die Produktion erheblich gestiegen, während die Herstellungskosten sanken. Die Arbeitsproduktivität habe sich erhöht und die Arbeiterzahl vermehrt. Im laufenden Jahre wird die ununterbrochene Arbeitswoche in der gesamten Kohlen-, Raphtha- und Loh-, sowie in der Landmaschinenbau-, Baustoff- und Farbenindustrie eingeführt.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding ist am Dienstag in Wien eingetroffen, um einige Verhandlungen im Kreise von Verwandten zu beendigen.

Der Preussische Landtag erledigte am Dienstag in erster Lesung das Gesetz über die Neuregelung der Staatsbank, das in den Hauptauschüssen ging. Auf deutschnationalen Antrag wurde grundsätzlich die Einsetzung eines Sklaverei-Untersuchungsausschusses bestimmt.

Gegen das Urteil im Oppelner Theaterprozess haben sowohl die Staatsanwaltschaft wie auch der Nebenkläger, Rechtsanwalt Simon, Berufung eingelegt.

### Aus dem Geschäftsbericht der Landesversicherungsanstalt

#### Von Landtagsabgeordneter Heinrich

Neben den sonstigen sozialen und wirtschaftlichen Selbstverwaltungen, die das Gesamtinteresse der Öffentlichkeit, besonders die Arbeiter, berühren, tritt nun auch der vorzüglich abgefaßte Bericht der Landesversicherungsanstalt Baden vor die Kampe der Öffentlichkeit. Von vornherein darf gesagt werden, der Bericht kann auch der kritischsten Betrachtung standhalten, und in einer reichen Fülle von Zahlenmaterial wird die geleistete fleißige Arbeit dargelegt. Darüber hinaus aber auch werden diese Zahlen zu Gradmessern des Gesundheitsstandes eines großen Teiles der badischen Bevölkerung. Weiter aber ist der Bericht gleichsam die lebendig gewordene Bejahung einer durchaus notwendigen Sozialpolitik. Dem schärfsten Gegner einer solchen muß angesichts des veröffentlichten Materials doch zum Bewußtsein kommen, wieviele Schäden und soziale Not es eigentlich noch gibt, und daß Sozialpolitik letzten Endes eine Frage der Staatserhaltung schlechthin geworden ist.

Eingangs erwähnt der Bericht die Neuwahlen der Vertreter zu den Versicherungsorganen und gedenkt dankbar der geleisteten Arbeiten der abgetretenen Vertreter der verflochtenen Periode, die vor allem durch die Inflation und all ihren Folgen auf das Versicherungswesen gekennzeichnet ist. Diese Arbeiten durchzuführen, wor nur möglich dank einer verständnisvollen Arbeit aller Beteiligten.

Veränderungen innerhalb des Beamtenkörpers kamen auch im abgelaufenen Geschäftsjahr vor. Der langjährige Vorsitzende des Amtes, Staatsrat Dr. Krems, trat von seinem Amt zurück. Sein Nachfolger wurde Oberregierungsrat Dr. Klok. Zwei weitere Stellen aus früheren Jahren wurden ebenfalls wieder neu besetzt: der Posten eines beamteten Vorstandsmitgliedes und der des Medizinalkonferenzen. Beide Personen bieten durch ihre Kenntnisse die Gewähr, daß die übertragenen Funktionen sich in guten Händen befinden. Durch die Fülle der sich immer weiter verästelnden Arbeiten war eine Vermehrung des Personalstandes nicht mehr zu umgehen. Außer den beiden Hauptkräften erfolgte eine Vermehrung von 10 Aushilfskräften. Der Gesamtpersonalbestand ist 145 Beamte und 67 Aushilfskräfte. Zwei verdienten Beamten, die durch den Tod abgegangen, wird im Bericht gedacht, ebenso solcher, die in den Ruhestand getreten sind.

Sitzungen der Ausschusskommissionen fanden 3, Vorstandssitzungen 13 statt. In den letzteren wurden 217 eingegangene Fälle erledigt. Das Resultat zeigt sich folgendermaßen: von den 68 Rentenentziehungsanträgen wurden 14 belassen, 10 anderweitig erledigt und in 44 die Rente entzogen. Von den 50 neuen Rentengesuchen wurden 15 bewilligt, 15 anderweitig erledigt und 20 abgelehnt. Heilverfahren waren 129 beantragt. Davon wurden genehmigt 55, anderweitig erledigt 20 und 54 mußten abgelehnt werden.

Als erfreulich kann der Vermögensstand der Anstalt bezeichnet werden. Die Gesamteinnahmen betragen 42 438 317,25 RM, denen 28 888 480,36 RM an Ausgaben gegenüberstehen, so daß sich ein zahlenmäßiger Überschuß von 13 549 836,89 RM ergibt. Jedoch ist dieser Überschuß nicht rein erwirtschaftet. In letztgenannter Summe sind mitenthalten die Überweisungen der Anteile an den Zollüberschüssen des Reichshaushaltjahres 1928 und anderes in einer Gesamthöhe von über 3 Millionen Reichsmark, so daß ein erwirtschafteter Überschuß von rund 10,3 Millionen Reichsmark sich ergibt. Leider erfährt die Freude über dieses günstige Resultat eine Trübung. Durch die Belastung der Träger der Invalidenversicherung mit dem Reichsbeitrag zu den Invalidenrenten dürfte die Landesanstalt mit einer Mehrbelastung von rund 5,5 Millionen Reichsmark rechnen müssen. Auch starke wirtschaftliche Verhältnisse, die sich ungünstig auswirken, werden nicht ohne Einfluß auf die Kasse bleiben.

Ein ganz interessantes Bild bieten die durch die Kontrollstellen vorgenommenen Kontrollen und die aus Ungleichlichkeiten sich ergebenden Handlungen. Von den Kontrollen wurden erfasst 91 959 Arbeitgeber und 434 755 Versicherte. Dazu kommen noch circa 15 000 freiwillig Versicherte. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der kontrollierten Arbeitgeber zu, die der Arbeitnehmer ab. Strafverfügungen mußten 831 erlassen werden gegen ebensoviele Arbeitgeber. In 141 Fällen ist Beschwerde gegen die vom Vorstand ausgesprochene Strafe erhoben

worben, davon wurden 60 Fälle durch das Oberverficherungsamt abgemittelt, in 14 Fällen die Strafe heruntersetzt, und in 54 Fällen wurden die Beschwerden zurückgezogen. Immer mehr häufen sich auch Strafanzeigen gegen Arbeitgeber, die ihren Arbeitern zwar regelmäßig die Beiträge vom Lohn abziehen, aber sie nicht zum Markenanfall verwenden. In 5 Fällen haben die Gerichte auf Freiheitsstrafe von 5 Tagen bis zu 10 Wochen erkannt, in 29 Fällen auf Geldstrafen von 10 bis 300 M. Zu erwähnen sind noch die Zahlen der notwendigen Zwangsvollstreckungen und Konturze, erstere mit 1693, letztere mit 146.

Von großem Umfang ist auch der Quittungskartenverkehr. Abgeliefert wurden 591 806 Stück, davon 531 068 der eigenen Anstalt und 60 738 für fremde Anstalten. Ausgetauscht mit anderen Anstalten wurden 67 290, zurück an die Anstalt als Ursprungsanstalt kamen 73 792 Karten. Quittungskarten Nr. 1 Formular A wurden 24 863 für männliche und 23 932 für weibliche Versicherte ausgestellt. Sehr lebhaft gestaltete sich der schriftliche Verkehr mit der Kartenabteilung wegen Erhaltung der Anwartschaft und Wiederaufnahme des früheren Versicherungsverhältnisses.

Nicht ohne Einfluß für die Landesanstalt blieb das Gesetz über die Leistung in der Invaliden- und Angestelltenversicherung vom 29. März 1928. Zunächst erfuhren die Renten eine weitere erhebliche Steigerung. Es kam hinzu, daß die ganzen laufenden Renten umgerechnet werden mußten. Die Zahl dieser umgerechneten Renten beträgt 79 494. Davon sind Invalidenrenten, Kranken- und Altersrenten 55 013, Witwen- und Waisenrenten 8279, Waisenrenten (Stämme) 15 326 und Renten der früheren Landesversicherungsanstalt Elsh-Lothringen 876.

Die Gesamtbelastung der Anstalt stieg von 20 604 750 M auf 23 113 678 M oder 12,2 Proz. allein an Renten.

Dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt lagen im Berichtsjahr 16 792 Rentenanträge vor. Davon entfielen auf Invalidenanträge 12 104 und Hinterbliebenenrente 4688. Von diesen mußten in 1945 Fällen die Rentengewährung verweigert werden. Entzogen wurden diese Renten in 879 Fällen. Diese Zahl erscheint uns sehr hoch, und finden wir im Bericht keine genügende Erklärung hierfür. Weggefallen sind Renten in 4828 Fällen durch Tod, in 719 Fällen durch Erwerbsfähigkeit, in 6 Fällen durch Bewilligung der höheren Invalidenrente, in 13 Fällen durch Wiederverheiratung, in 1308 Fällen durch Vollendung des 15. Lebensjahres, in 2166 Fällen durch Beendigung der Schul- oder Berufsausbildung und in 113 Fällen durch sonstige Gründe.

Neben diesen Pflichtleistungen gewährt die Landesanstalt in sehr weitem Maße Heilverfahren und sonstige freiwillige Leistungen. In den Voranschlag wurden hierfür 3 665 000 M eingestellt. Die Summe reichte jedoch nicht aus, um allen geforderten Ansprüchen gerecht werden zu können. Der Voranschlag wurde um 141 303,89 M überschritten. Die Leistungen können sich sehen lassen. Umgerechnet auf 1000 M Beitragseinnahmen steht die Landesversicherungsanstalt Baden mit ihren Ausgaben für freiwillige Leistungen an 2., auf den Kopf der behandelten Personen umgerechnet an 1. Stelle sämtlicher Landesversicherungsanstalten. Ebenso nimmt sie in der Bekämpfung der Lungen- und Kehlkopftuberkulose mit ihrem Aufwand pro behandelnde Person die 1. Stelle ein.

Das gesamte Heilverfahren hat sich gegenüber 1913 mehr als verdoppelt. Gegenüber dem Vorjahr erfuhr

### Badisches Landestheater

Don Pasquale

Ein Abend voll parodistischer Laune, allerdings mehr eine Angelegenheit für Feinschmecker, die sich ihre Freude nicht durch den handfesten Kitzel des Textbuches verderben lassen. Voran wieder — wie vor 4 Jahren, anlässlich der letzten Neuinszenierung — Franz Schuster als Titelheld, diesmal zwar merklich zurückhaltender bei seinem amourösen Reinfall, aber dennoch köstlich genug, um die grobe Satire des Abends von den geil glotzenden Augen bis hinunter zu den schon schlatternden Beinpartien zu retten. Zudem ein Stimmläufiger, wie geschaffen für die Rolle, die er hier singen muß. Als galante, sich bald verliert drehende, bald vor Lachen windende Partnerin gab diesem eifersüchtigen Herrn Mary Effelsgrath-von Ernst böse Rätsel auf. Besonders dem leicht erotisch angeimpelten Kreis machte ihre plötzlich erwachte Aggressivität viel zu schaffen. Aber auch wie mit einem Rest von Klugheit sich Carlten Derner und Wilhelm Rentwig in die im Grunde so aberne Situation hineinfanden, bestimmte die Impression der lustigen Handlung, an deren im Original so tragisch betonten Reizseite offenbar kein Mensch mehr dachte. Überhaupt vermüht man an der im ganzen sehr geschickten Umdichtung O. J. Vierbaums, daß der Schluß nicht so recht zum Stück paßt. Ein paar unvergeßliche, menschlich echte und tiefe Töne nach Schatespaars Art könnten immerhin beweisen, daß Selbsterkenntnis den Gelden aus seiner trübten Melancholie wirklich hoch befreit hat.

Die Regie (Hans Esdras Nagenbecher) hat das anscheinend gefühlt, leider gelang ihr aber die szenische Kennzeichnung zu schwächlich, um die schließlich Passivität Don Pasquales in diesem Sinne glaubhaft zu motivieren. Sonst arbeitete sie — das muß anerkannt werden — ohne grundlegende Unstimmigkeiten zum Spielablauf. Besonders hübsch und auch gleich bei offener Szene gebührend belohnt war die geschickte Verwendung des Chores. Gegen das Bühnenbild Lorsten Rechts, das die inneren und — sagen wir es offen — historischen Wert der Partitur reichlich oft wieder durch Ausproppen zeitgemäßer Effekte paralytierte, wäre verschiedenes einzuwenden, und sei es nur, daß rein malerisch gar vieles kontrastierte. Sehr gut funktionierte die musikalische Leitung dagegen. Gleich mit der ausgezeichneten gefälligen Ouvertüre begann Rudolf Schwarz recht verheißungsvoll den Abend und symptomatisch blieb auch, daß die farbigen und dynamischen Etufen seiner Diktion bald mehr die Höhe des Niveaus der Vorstellung bestimmten, als alle witzigen Regiekünste.

es eine Steigerung um 13,19 Prozent. Interessant ist, daß das weibliche Geschlecht an den freiwilligen Leistungen stärker beteiligt ist als das männliche. Auch die Meldungen bei den Beratungsstellen für die Geschlechtskrankheiten erfuhr eine wesentliche Steigerung. Sie beträgt 525, ohne die 1471 durchgeführten Untersuchungen von Dirnen allein bei der Beratungsstelle Karlsruhe. Die Erkrankungsziffern sind bei Syphilisfrankungen höher bei den Frauen, dagegen bei Trippererkrankungen höher bei den Männern. Relativ war die Zunahme beider Geschlechter ungefähr gleich groß.

Nicht minder interessant als das bereits Berichtete sind die ärztlichen Jahresberichte der Heilstätten Friedrichsheim, Luitensheim und Nordrach. Diese in den Einzelheiten aufzuführen, ginge hier zu weit. Wir behalten uns vor, später darauf einzugehen. Eines darf aber heute schon gesagt werden: die erzielten Heilerfolge dürfen sich sehen lassen, und manchem Kranken wurde durch diese Stätten wieder Gesundheit und Lebensfreude, der Familie ihr Ernährer wiedergegeben.

Aus den kurzen Darlegungen läßt sich schon ersehen, wie viel Not und Elend auch durch diesen Zweig der Sozialversicherung, wenn nicht restlos behoben, so doch gemildert wurde. Es ist aber auch weiter daraus ersichtlich, daß der Ausbau der ganzen Sozialgesetzgebung im Rahmen des Möglichen eine volks- und staatsverhaltende Notwendigkeit ist. Dem größten Gegner der Sozialgesetzgebung wird angesichts des Zahlenmaterials und der Tatsachen doch aufdämmern müssen, daß die Sozialgesetzgebung eine völlige Notwendigkeit ist, die nicht durch Sparzwang oder sonstige derartige Dinge ersetzt werden kann. Jedenfalls weiß die sich für die Sozialgesetzgebung einsetzende Arbeiterschaft, was sie an der Sozialgesetzgebung, trotz ihrer Mängel und Schattenseiten, besitzt. Zwei Vorstandsmitglieder sind aus dem Arbeiterstand hervorgegangen und damit ist der Beweis geliefert, daß in dem sozialen Selbstverwaltungsförderung noch mehr als bisher die intelligenten und aufwärtsstrebenden Kräfte, die im Arbeiterstand zahlreich vorhanden sind, mit Erfolg in der Selbstverwaltung tätig sein können.

### Der Sklarek-Skandal

#### Die Berliner Stadtverordnetenversammlung

hat sich am Dienstag sowohl mit der Amerikanerreise des Oberbürgermeisters als auch mit der Angelegenheit Sklarek befaßt. Gegen die Reise des Oberbürgermeisters und dreier Stadträte wandten sich die Deutschnationalen und die Kommunisten. Von Bürgermeistersseite wies man darauf hin, daß Bürgermeister Walker durch den amerikanischen Botschafter in Berlin eingeführt worden sei. Die Reise des Oberbürgermeisters könne daher nicht als private Angelegenheit betrachtet werden. Die Reise soll deutsche und amerikanische Städte einander näherbringen, sie werde 75 bis 80 000 M. kosten. Die Kosten würden aus den Reisekosten bestritten, jene für die Damen von den Gatten getragen. Nach ziemlich lebhafter Debatte wurde eine Reihe von Anträgen angenommen, die mit der Sache Sklarek in innerem Zusammenhang stehen, so ein sozialdemokratischer Antrag auf Veröffentlichung der Sklarek'schen Kundentisten, ein demokratischer, wonach künftig die Vergütung von Aufträgen nur im Wege der freien Ausschreibung erfolgen soll, und ein kommunistischer, wonach für die Beibringung der von den Sklarek bezuntreten Millionen eine Belohnung ausgesetzt wird. Abgelehnt wurde dagegen ein kommunistischer Antrag, wonach die durch die Angelegenheit Sklarek kompromittierten städtischen Beamten ihre Ämter niederzulegen hätten.

Bürgermeister Schneider erklärt nunmehr eine Erklärung, daß er nicht aus der Partei ausgeschlossen sei, sondern vorher seinen Austritt kundgegeben habe, und daß die Partei deshalb ihn gar nicht zur Amtsniederlegung auffordern konnte. Er legte nicht nur nicht sein Amt nieder, sondern habe seinen Urlaub abgebrochen und heute seine Amtsgeschäfte wieder übernommen. Der Berliner Bezirksvorstand der sozialdemokratischen Partei hat den Bürgermeister Schneider nach beendeter Prüfung neu beigebrachten Materials aus der Partei ausgeschlossen und ihn aufgefordert, sein Amt als Bürgermeister niederzulegen.

#### Wo blieb das Geld der Sklareks?

Zu den Opfern der Gebr. Sklarek in Berlin gehört auch die Schuhfabrik E. Reichle in Tutzingen, die ihren Arbeitern vorläufig als Vorichtsmaßnahme gekündigt hat. Es kommen ungefähr 80 meist ältere, verheiratete Arbeiter in Frage. Es wurde festgestellt, daß in der im Sklarek'schen Kasienbuch angegebenen Zeit auch nicht 1 Pf. geschweige denn 1,5 Millionen Reichsmark an die Tuttinger Fabrik gezahlt worden sind. Die Berliner Kriminalpolizei hatte zuerst angenommen, daß der Tuttinger Fabrik von den Gebr. Sklarek vielleicht ein Darlehen gegeben worden wäre, aber das trifft nicht zu. Es ist nun festzustellen, wo die Sklarek die Million in Sicherheit gebracht haben.

#### Die Balkanfahrt des „Graf Zeppelin“

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist Dienstag abend 8.20 Uhr zu seiner Balkanfahrt gestartet. An der Fahrt nahmen 20 Passagiere teil, davon über die Hälfte Schweizer. München wurde um 11 Uhr in mondheiler Nacht überflogen, die österreichische Grenze um 12 Uhr passiert. 2.06 bis 2.15 Uhr überflog das Luftschiff Wien in knapp 100 Meter Höhe.

W.B. Berlin, 16. Okt. (Tel.) Die Schiffsleitung des „Graf Zeppelin“ sandte an das W.B. folgendes Telegramm: „8½ Uhr Ortszeit, Belgrad überflogen in zwei Schleißen. Postabwurf. Lebhaftes Treiben auf den Straßen. Zeit Morava aufwärts, Richtung Niša-Sofia. Start dunstig, mäßig hohe Wolkendecke. Nicht sicher, ob Weg nach Sofia zwischen hohen Bergen für uns gangbar. In einer Stunde Entscheidung.“

Ein späteres Telegramm besagt: „In hohem Fluge teilweise über den Wolken, die prächtige Gebirgslandschaft zwischen Belgrad und Sofia überquert. Weiter aufwärts, wird Sonnenschein. In Sofia ungeheures Interesse und offener Begeisterung. Zwei Kreise über Stadt. Postabwurf in einen Schulhof. Wetlauf von 300 Schülern um den Postbeutel. Zeit über dem hohen Balkan auf Bukarest.“

### Gegen das Volksbegehren der Rechten

#### Eine Kundentrede des preussischen Ministerpräsidenten

Als dritter Redner in der Abwehrkampagne gegen das Eugenbergsche Volksbegehren sprach am Dienstagabend der preussische Ministerpräsident Dr. Braun.

Sein Appell richtete sich an den gesunden Menschenverstand der verantwortungsbewußten Deutschen. Nicht der Funke einer Forderung bestimme, daß die Annahme des Volksbegehrens an Deutschlands Lage etwas bessern werde. Niemand werde eine solche Demonstration ernst nehmen, ein Gelächter werde in der ganzen Welt ausbrechen, und, was ernst sei, eine neue Welle des Misstrauens müsse gegen Deutschland entstehen.

Dr. Braun wiederholte die Vorteile, die der Youngplan als das kleinere Übel gegenüber dem Dawesplan bringt. Außer Vernunftgründen aber sprächen Gründe des einfachsten Anstandsgefühls dafür, einer Aktion jede Unterstützung zu verweigern, die die deutschen Minister und die übrigen Beauftragten des deutschen Volkes mit Judthaus bedrohe, wenn sie in Erfüllung ihrer Pflicht handeln. Der „Judthausparagraf“ sei eine recht eigenartige nachträgliche Ehrung des großen Staatsmannes Stresemann, den man noch im Grabe als Landesverräter infamiere. Auch die nachträgliche Herausnahme Hindenburgs sei nur eine leere Geste; denn kein Gesetz komme ohne den Reichspräsidenten zustande.

#### Die deutschen Beamten, denen zwar der Volksstaat anders als früher das Recht der Meinungsfreiheit gegeben habe, würden hier, wo es um das Lebensinteresse des Volkes und um die Autorität der Regierung geht, gegen ihre Beamtenpflicht verstoßen, wenn sie eine so unfinnige, unmoralische und verbrecherische Aktion unterstützen wollten.

#### Zentrum und die Bayerische Volkspartei zum Volksbegehren

Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Dr. Ludwig Kaas, und der erste Vorsitzende der Landesvorstandspartei der Bayerischen Volkspartei, Fris Schäfer, veröffentlichten folgende, gemeinsame Erklärung.

„Die Deutsche Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei erblicken in dem am 28. September eingebrachten Volksbegehren gegen den Youngplan keinen geeigneten Weg, das deutsche Volk von dem Unrecht der Kriegsschuldfrage und von den Ketten des Versailler Diktats zu befreien. Sie sehen in dem Volksbegehren, vor allem in seiner verheerend zugespitzten Formulierung, einen verhängnisvollen Schritt zur weiteren Zersplitterung des deutschen Volkes im Innern und eine beurteilenswerte Ausnutzung des deutschen Freiheitswillens für die Zwecke einseitiger Parteigaitation.“

Der in dem Volksbegehren gewählte Weg ist nach der gemeinsamen Überzeugung beider Parteien nur geeignet, die in hartem und mühseligem Ringen erlangten Ansätze zu einem Aufstieg Deutschlands zu hemmen und eine rückläufige Entwicklung herbeizuführen, für deren Gefahren kein besonnenes Staatsmann die Verantwortung übernehmen kann.

Beide Parteien lehnen daher jede Unterstützung des Volksbegehrens mit Entschiedenheit ab und fordern ihre Anhänger auf, ihm mit allen Kräften entgegenzuwirken.

Zu gleicher Zeit erklären sie dem deutschen Volke und dem Auslande, daß sie nach wie vor entschlossen sind, den geistigen und politischen Kampf gegen die Kriegsschuldfrage und für den friedlichen Aufstieg Deutschlands zu nationaler Freiheit und internationaler Gleichberechtigung unentwegt weiterzuführen.“

Außerdem erregt die Bayerische Volkspartei einen besonderen längeren Aufruf, der „das von radikalen Katastrophenpolitikern eingereichte Volksbegehren als eine schwere Verletzung der politischen Vernunft und als eine Verhöhnung an deutschen Volk“ ablehnt. Der Aufruf nennt das Volksbegehren einen Mißbrauch einer verfassungsmäßigen Einrichtung, eine unationale Handlungsweise, das außenpolitische Schicksal der Nation den Demagogen und der Straße zu überantworten und eine Verletzung der Disziplin, die ein politisch reifes Volk in solcher Lage und während solcher Verhandlungen an den Tag legen sollte.

Die Forderung der Deutschnationalen und Nationalsozialisten an das Präsidium des Bayerischen Landtags, sofort das Plenum einzuberufen und die weitere Forderung an die Bayerische Regierung, im Reichsrat den Youngplan abzulehnen, wird von der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz als ein koalitionspolitisch höchst außergewöhnlicher Vorgang bezeichnet. Die Verantwortung für die möglichen Folgen, die sich aus einer Landtagsdebatte, die die Bayerische Regierungskoalition in vollem Zwiespalt erscheinen lassen müßte, ergeben könnten, falle einzig und allein zu Lasten der Deutschnationalen Volkspartei. Das Verlangen lasse jegliche Rücksicht auf diese politischen Gesichtspunkte vermissen.

Sämtliche deutschen Bischöfe gegen das Volksbegehren. Der Kundgebung des Fürstbischofs Kardinal Vertram (Breslau) gegen das Volksbegehren hat sich der gesamte Episkopat angeschlossen. Es haben sich somit sämtliche deutschen Bischöfe gegen das Volksbegehren erklärt.

Die kommunistische Partei gegen das Volksbegehren. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Deutschlands erklärt anlässlich des Beginns der Einzelabstimmungen des Volksbegehrens eine Erklärung, in der als Lösung der Kommunisten zum Volksbegehren ausgegeben wird: „Keine Unterschrift und keine Stimme für diesen frechen Volksbegehren.“

Ein Aufruf Eugenbergs. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Dr. Eugenberg, hat einen Aufruf an die Mitglieder und Wähler der Deutschnationalen Volkspartei erlassen, in dem er die Kundgebungen der Reichsregierung zum Volksbegehren angreift und zur Einzugsung in die Listen für das Volksbegehren auffordert.

Der frühere Staatsminister und Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, der bei einem Autounfall auf der Aue bei Berlin einen schweren Schädelbruch erlitten hatte, ist am Dienstagmorgen im Krankenhaus operiert worden. Die Operation ist befriedigend verlaufen. Das Befinden ist jedoch nach wie vor ernst, wenn auch die Ärzte bestimmt damit rechnen, den Verunglückten am Leben zu erhalten.

Die Rewa ist in Leningrad infolge starken Westwindes rasch gestiegen. Im Zentrum der Stadt ist der Fluß über die Ufer getreten, so daß der Admiralitätspalast und der Winterpalast unter Wasser stehen. Der Straßenbahnverkehr stockt. Die Gasanlagen und viele große Fabriken auf der Wassiljewinsel sind überschwemmt. Der Eisenbahnverkehr nach Finnland mußte eingestellt werden.

Ein 15jähriger Fürsorgezögling, der sich im Graf-Nede-Stift in Einbrunnen bei Düsseldorf im Schlafzimmer zweier Dienstmädchen versteckt hatte, brachte einem der Mädchen, nachdem es eingeschlagen war, mehrere Stiche mit einem Taschenmesser bei. Wie er angab, hatte er das Mädchen schon längst töten wollen, vermochte aber keinen triftigen Grund dafür anzugeben.

**E. Büchle** Inhaber: W. Bertsch  
Kaiserstraße 132  
Spezialhaus für

**Bilder u. Einrahmungen** Gute Ausführung bei  
billigst. Berechnung  
Große Auswahl